

Verfolgt, geflohen – jetzt Schülersprecher

Im Irak den Krieg erlebt: Zeyad Hikrash geht am Samstag demonstrieren

Wilfried Hinrichs

Sie kennen uns gar nicht und hassen uns.“ Warum? Diese Frage will Zeyad Hikrash öffentlich an all jene richten, die die Pläne der AfD und anderer Gruppen zur Deportation von Ausländern teilen. Deshalb geht der Schülervertreter einer Osnabrücker Berufsschule am Samstag zur Demo gegen rechts.

Zeyad Hikrash ist 25 Jahre alt. Als die Terroristen des sogenannten Islamischen Staates vor einigen Jahren den Völkermord an der jesidischen Minderheit im Norden des Iraks begannen, flüchtete er in die Berge. Sieben Tage versteckte er sich dort, dann gelang ihm die Flucht nach Griechenland. 2017 kam er allein nach Deutschland, landete zunächst in Bayern und konnte dann zu einer Tante nach Osnabrück umziehen.



Gegen Nazis und rechte Gesinnung: Die Schüler bereiten Plakate für die Demonstration vor.



Zeyad Hikrash ist mittlerweile in Osnabrück zuhause.



Die Schüler der BSB im Marienheim Sutthausen bereiten sich auf die Demo am Samstag vor. Im Vordergrund Zeyad Hikrash, der aus 2017 aus dem Irak geflohen ist.

Foto: Eva-Maria Siemer

In Deutschland angekommen

Hikrash will mit Kindern arbeiten. An den Berufsbildenden Schulen am Marienheim in Sutthausen macht er eine Ausbildung zum Sozialpädagogischen Assistenten/Erzieher. Ende Mai steht die Abschlussprüfung an. Er ist in Deutschland angekommen, in Osnabrück zuhause.

Und nun das: Rechte Ideologen schmieden in einer Villa am Wannsee in Potsdam Pläne zur sogenannten „Remigration“ – also zwangsweisen Deportation – von Ausländern. Das macht ihn traurig, ihm auch etwas Angst: „Sie kennen uns gar nicht und hassen uns.“

Hikrash hat mit den anderen Mitgliedern der Schülervertretung Plakate für die Demonstration am Samstag vorbereitet. Auf seinem Plakat steht: „AfD = Aus für Deutschland“. Er findet es wichtig, jetzt Flagge zu zeigen, und will, dass kein Mensch mehr solche Kriegserfahrungen machen muss wie er im Irak. „Ich habe Krieg erlebt. Das darf es auf keinen Fall wieder geben. Wir müssen aus der Geschichte lernen“, sagt er.

Die Berufsschule am Marienheim ist in Trägerschaft

der Schulstiftung des Bistums Osnabrück. Die Schulen und das Bistum haben zur Teilnahme an der Demonstration aufgerufen. „Unsere Schulen sind bunt, und gemeinsam bekennen wir uns mit der Stadt Osnabrück zu der Schönheit der Farben an unseren Schulen und setzen uns ein für die Vielfalt der Menschen in unserer Stadt und in unserem Land, weil jeder Mensch eine Bereicherung ist“, heißt es im Aufruf. Um 9.45 Uhr ist ein Auftaktimpuls im Dom geplant. Von dort ziehen die Schüler zum Schlossgarten.



Auf noz.de berichten wir am Samstag im Liveticker über die Demo gegen rechts und im Livestream. Als Print-Abonnent können Sie kostenlos und unbegrenzt das digitale Nachrichtenpaket noz Premium inklusive des E-Papers nutzen.

noz.de/registrierung

Ab wann sind Kinder alt genug für die Demokratie?

KOMMENTAR



Dietmar Kröger
d.kroeger@noz.de

An diesem Samstag hat ein breites Bündnis gesellschaftlicher Gruppen zu einer Demo gegen rechts im Schlossgarten aufgerufen. Die Schulstiftung des Bistums hat in einem Schreiben Lehrer, Eltern und Schüler „eingeladen“, an der Veranstaltung teilzunehmen.

Die Einladung kam nicht überall gut an. Manche Eltern sahen ihre Kinder und sich selbst bedrängt, an der Demo teilzunehmen, fürchteten um schulische Konsequenzen, wenn sie der Veranstaltung fernblieben.

Wobei sich hier die Frage stellt, wer um alles in der Welt in der zu erwartenden Menschenmasse kontrollieren sollte, welches Kind teilnimmt und welches nicht. Andere fürchteten um das Wohl und Wehe eines selbst zur gleichen Zeit organisierten Events, sei es sportlicher oder musischer Natur. Hier möge jeder selbst eine Wertung vornehmen, welche Veranstaltung für ihn oder für sein Kind die wichtigere ist.

Und dann wäre da noch die große Frage, ab welchem Alter Kinder wohl demoreif sind. Aber sind Zehnjährige zu jung, um zu begreifen, gegen was und warum da im Schlossgarten demonstriert wird? Nein – unter einer Bedingung: Ihnen muss von Eltern und Lehrern altersgerecht erklärt werden, um was es geht.

Denn auch das gehört zur Diskussion um die Demokratie: Es gibt keine Altersbegrenzung für Demos, weder nach oben noch nach unten. Einem Kind ein Plakat in die Hand zu drücken mit der Aufschrift „F*CK AfD“ ist sicherlich eine elterliche Entscheidung, die diskussionswürdig ist. Sprachlich ein bisschen weniger platt wäre vielleicht kindgerechter.

Daraus aber den Generalverdacht abzuleiten (was nur allzu gerne getan wird, weil es ja so einfach ist), alle Kinder würden instrumentalisiert, ist großer Humbug. Das gilt für die Zehnjährigen und erst recht für die Älteren. So haben zum Beispiel die Schülervertretungen mehrere Osnabrücker Schulen ihre Mitschüler ebenfalls aufgerufen, an der Demo im Schlossgarten teilzunehmen und damit bewiesen, dass sie genau das wollen und tun, was die Rechten ihnen nehmen wollen: eigenständig demokratisch zu denken und zu handeln.

Vielleicht hätte die Teilnahme an der einen oder anderen Demonstration in jungen Jahren bei Rechtsextremen wie Björn Höcke und seinen braunen Kameraden wenigstens ein Grundverständnis für die Bedeutung eines demokratiebasierten Wertesystems hinterlassen. Das ist offensichtlich nicht passiert.

Nun muss die junge Generation dafür sorgen, dass Höcke und Co. bald nur noch eine Randnotiz in den bundesdeutschen Geschichtsbüchern sind. Um dieses Ziel zu erreichen, können auch die Osnabrücker Schüler gar nicht früh genug lernen, dass es das Recht eines jeden Menschen ist, auf die Straße zu gehen und für seine Überzeugung laut zu demonstrieren.

Nur so können sie sicherstellen, dass ihnen dieses Recht erhalten bleibt, weil sie mit vereinten Kräften den Rechtsextremisten erfolgreich die Stirn geboten haben.